

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg  
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.  
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.  
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

**Auszug aus der Ausgabe Nr. 245 vom 22.10.2019**

© Rhein-Neckar-Zeitung

## Viele verzichten aus Scham

Hunderttausende Rentner bekommen nicht die ihnen zustehende Grundsicherung

Von Annette Dönisch, RNZ Berlin

Berlin. Hunderttausende Rentner verzichten nach Erkenntnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf die ihnen zustehende Grundsicherung. „Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass deutlich mehr Rentner Anspruch auf Grundsicherung haben, als Rentner tatsächlich in Anspruch nehmen“, sagte DIW-Experte Johannes Geyer im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Einer der Gründe sei, dass sich viele schämten, Hilfe zu beantragen. Derzeit bekommen die Grundsicherung laut der offiziellen Statistik 566 000 Rentner.

Das DIW schätzt, dass etwa dreimal so vielen Senioren Grundsicherung zusteht. „Es erhalten 3,2 Prozent aller Rentner Grundsicherung. Wir gehen davon aus, dass etwa neun Prozent einen Anspruch hätten“, sagte Geyer. „Wir können aber nur schätzen.“ Für die Untersuchung wurden die Daten von Haushalten herangezogen, die im Rahmen des „Sozio-ökonomischen Panels“ (SOEP) einmal pro Jahr erhoben werden.

Die Grundsicherung wird vom Sozialamt ausgezahlt. Das Arbeitsministerium schreibt auf Anfrage unseres Berliner Büros, es gäbe keine belastbaren Zahlen zu „verdeckter“ Armut unter Senioren – soll heißen, das Ministerium kann das Problem nicht einschätzen. Bei der Neuberechnung einer Rente würde aber ein Antragsformular für die Grundsicherung beigelegt werden.

Die Wohlfahrtsverbände betonen, die Senioren sollten das Geld beziehen, das ihnen nach einem arbeitsreichen Leben zusteht. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, forderte gegenüber unserer Berliner Redaktion, die Hürden für die Grundsicherung müssten so niedrig wie möglich sein. „Abschreckende Bedürftigkeitsprüfungen lehnen wir ab.“ Besser seien automatische Verfahren. Ein Gang zum Sozialamt solle erspart bleiben. Auch der DIW-Experte Geyer rät zu einer automatischen Prüfung, bei der die Personen nicht viel mitwirken müssten.

„Die Armutsdunkelziffer ist erschreckend“, beklagte die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele. „Wir wissen aus unserer Beratungspraxis, dass viele Menschen die Grundsicherung aus Scham nicht beantragen wollen.“ Würdiges Altern bedeute auch, nicht am Essen, an Strom oder Heizung oder gar der eigenen Gesundheit sparen zu müssen.

Auch Unwissenheit ist laut der Experten ein Grund, warum viele Senioren die Sozialhilfe nicht beantragen. Ein Anspruch kann bestehen, wenn für den Lebensunterhalt, inbegriffen der Miete, nur 865 Euro zur Verfügung stehen. Das Amt entscheidet im Einzelfall, ob Grundsicherung bewilligt wird. Es gibt unterschiedliche Leistungen. Neben einem Zuschuss zu Unterkunft, Pflegeversicherung und Mehrbedarf können Rentner einen Regelbedarf erhalten. Alleinstehende müssen einen Betrag von 424 Euro pro Monat zur Verfügung haben, Verheiratete pro Person 382 Euro. Es gibt einen Freibetrag von 5000 Euro. Wohneigentum, das selbst genutzt wird, wird nicht angerechnet. Wer aber Kinder hat, die über 100 000 Euro Einkommen im Jahr haben, erhält keine Grundsicherung.